

## **Stellungnahme des Oberkirchenrates der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zum Krieg in der Ukraine**

Wir sind bestürzt über den Krieg in der Ukraine. Wir beten für die betroffenen Menschen, für ein umgehendes Ende des Krieges, für Wege aus dem Hass und für eine friedliche Zukunft.

Wir verurteilen den vom russischen Präsidenten Putin initiierten brutalen Angriffskrieg auf die Ukraine als einen Bruch des Völkerrechts und fordern die russische Regierung auf, den Krieg sofort zu beenden. Wir unterstützen Bemühungen um Deeskalation, um eine diplomatische Lösung des Krieges und um die Beendigung der Gewalt. Wir sind dankbar, dass Kirchengemeinden, landeskirchliche und diakonische Einrichtungen Geflüchteten helfen und Lieferungen in die Ukraine organisieren.

Wir nehmen das aufrichtige Ringen um hilfreiche und angemessene Handlungsreaktionen auf den Angriffskrieg auf die Ukraine wahr, in der nationalen wie internationalen Politik, in der Gesellschaft insgesamt und auch innerhalb unserer Landeskirche. Einfache Lösungen sind nicht möglich. Landesbischof Dr. July hat in seinem Bericht vor der Landessynode einen breiten Prozess angestoßen, der an vielen Orten in Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen aufgenommen wird, z.B. in Form einer vielstimmigen Tagung evangelischer Akademien in ganz Deutschland. Wir hoffen, dass dieser Prozess weitergeführt wird und denken, dass die Meinungsbildung in den Kirchen sowie in der gesamten Gesellschaft mitgeprägt wird.

Obwohl wir der Überzeugung sind, dass Krieg nach Gottes Willen nicht sein soll, anerkennen wir das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine. Zu den Aufgaben des Staates gehört nach Auffassung der reformatorischen Tradition der Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger ebenso wie die Minimierung von Gewalt (CA 16, Barmen V). Die Solidarität mit den Angegriffenen schließt aus unserer Sicht die Unterstützung ihrer Verteidigung ein. Bereits in der landeskirchlichen Erklärung zur Rüstungspolitik aus dem Jahr 2017 sowie auf der ökumenischen Tagung „Friedensethik – Waffenexporte – Konversion“ im April dieses Jahres wurde die Möglichkeit von Waffenlieferungen festgehalten. Die Verteidigung umfasst mehr als militärische Mittel und es gilt auch, politische und gesellschaftliche Ansätze der gewaltlosen Konfliktbearbeitung in den Blick zu nehmen und zu stärken. Gleichzeitig betonen wir die bleibende Notwendigkeit von Abrüstungsbemühungen und restriktiver Rüstungsexportkontrollen, damit gewaltsame Konflikte in anderen Krisengebieten der Welt nicht weiter eskalieren.

Wir fördern und fordern die Stärkung der Zivilgesellschaft in der Ukraine und in Russland. Auch unsere eigenen ökumenischen Kontakte und Partnerschaften stehen neben der konkreten Nothilfe in diesem Zusammenhang. Dazu gehört zentral die konsequente Förderung der Friedensarbeit in unserem Land, in Europa und weltweit, weil sie langfristige Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben der Völker und innerhalb der Gesellschaft schafft. Diese Arbeit bereitet den Frieden vor. Auf Zukunft hin sind deshalb dringend Friedenspädagogik, zivile Konfliktprävention und gewaltfreie Konfliktbearbeitung zu stärken, indem institutionelle, personelle und finanzielle Ressourcen dafür bereitgestellt werden.

Für uns gilt der Satz aus der Bergpredigt Jesu (Matthäus 5, 9): „Selig sind, die Frieden stiften; denn sie werden Gottes Kinder heißen.“ Darum ist aus unserer Sicht zu betonen, dass der Frieden Prinzip und Ziel staatlichen Handelns sein muss. Wir teilen dabei die fundamentale Überzeugung der Kirchenkonferenz der Evangelischen Kirche in Deutschland, dass „Frieden letztlich nicht mit Waffengewalt zu erreichen ist“. Im Sinne des Leitbilds vom gerechten Frieden schließt ein umfassendes Verständnis friedlichen Zusammenlebens wesentlich konstruktive Konfliktbearbeitung, gerechte Wirtschaftsbeziehungen und Klimagerechtigkeit ein, die ihrerseits nicht durch Gewalt erzwungen werden können.

An vielen Orten in unserer Landeskirche und auch in der Ökumene darüber hinaus wird um Frieden in der Ukraine gebetet.

Prof. Dr. Ulrich Heckel, 20.5.2022  
Oberkirchenrat